vinetur

Kenianische Verbände fordern Parlament auf, Alkoholgesetz zu überarbeiten – 10.000 Verkaufsstellen könnten schließen

Vorschläge zur Anhebung des Mindestalters für Alkoholkonsum auf 21 Jahre, Einschränkung von Restaurantlizenzen und Verbot von Tageslieferungen könnten 30.000 Arbeitsplätze gefährden.

Dienstag, 24. November 2026



Kenianische Wirtschaftsverbände, Arbeitnehmervertreter, Studierende und Motorradtaxi-Fahrer haben das Parlament am Dienstag, dem 24. November, aufgefordert, Teile eines geplanten Gesetzes zur Alkoholkontrolle zu überarbeiten. Diese könnten nach ihrer Einschätzung Arbeitsplätze gefährden, Tausende Betriebe zur Schließung zwingen und einige Verbraucher auf illegale Getränke ausweichen lassen.

Die Kritik richtet sich gegen den Gesetzentwurf zur Änderung der Gesetze über alkoholische Getränke und Drogenkontrolle von 2026, der am 18. September in der Kenya Gazette Supplement veröffentlicht wurde. Der Entwurf sieht unter anderem vor, das gesetzliche Mindestalter für Alkoholkonsum von 18 auf 21 Jahre anzuheben, die Vergabe von Alkohollizenzen räumlich einzuschränken und den Transport alkoholischer Getränke während der Tagesstunden zu begrenzen.

Die Debatte reicht über die Gesundheitspolitik hinaus, denn die geplanten Vorschriften könnten auch verändern, wie Bier, Wein und Spirituosen in Kenia verkauft und vertrieben werden. Das könnte den Marktzugang für Bars, Restaurants, Einzelhändler, Lieferdienste und weitere Bereiche des Getränkesektors beeinträchtigen.

Die Interessenvertreter erklärten, sie unterstützten Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch, zum Schutz Minderjähriger und zur Bekämpfung illegalen Alkohols. Der aktuelle Entwurf gehe jedoch zu weit, weil er lizenzierte Betriebe aus Gastronomie, Unterhaltungs- und Transportbranche umfassend einschränke, ohne Beschäftigung und Investitionen ausreichend zu berücksichtigen.

Michael Kiragu Muthami, Vorsitzender der Pubs, Entertainment, Restaurants Association of Kenya, erklärte, das Gesetz könne rund 10.000 Verkaufsstellen von der Schließung bedrohen und etwa 30.000 Arbeitsplätze gefährden. Die jährlichen wirtschaftlichen Folgen könnten sich auf bis zu KSh8.46 Milliarden belaufen. Der Schaden beschränke sich nicht auf Bars und Restaurants, sondern betreffe auch Zulieferer und andere verbundene Unternehmen.

Muthami wandte sich gegen den Vorschlag, das Mindestalter für Alkoholkonsum anzuheben. Erwachsene, die mit 18 Jahren rechtlich als volljährig anerkannt seien, sollten seiner Ansicht nach keiner gesonderten Altersgrenze für den Alkoholkonsum unterliegen. Auch den Vorschlag, den Verkauf von Alkohol in Restaurants und anderen Gastronomiebetrieben nicht mehr zu lizenzieren, kritisierte er. Eine solche Maßnahme würde einem großen Teil der Branche das übliche Geschäftsmodell entziehen.

Nach der vorgeschlagenen Änderung von Abschnitt 12 des Alcoholic Drinks Control Act dürften Lizenzen für eine Reihe von Einrichtungen nicht mehr erteilt werden, darunter Restaurants, Universitäten, Colleges und andere Hochschulen. Betroffen wären außerdem öffentliche Strände, Parks, Vergnügungsparks, Kinos, medizinische Einrichtungen, Sportstätten, Busbahnhöfe, Bushaltestellen, Tankstellen, Bahnhöfe und Fährterminals.

Der Gesetzentwurf würde zudem Abschnitt 3(c) des Alcoholic Drinks Control Act ändern und das Wort „eighteen“ durch „twenty-one“ ersetzen. Ähnliche Änderungen sind in den Abschnitten 13, 21 und 24 vorgesehen.

Arbeitnehmervertreter erklärten, die Folgen träfen nicht nur die Geschäftsinhaber. Sava Wycliffe, Generalsekretär der Kenya Hotels and Allied Workers Union, sagte, höhere Altersgrenzen und strengere Verkaufsbeschränkungen könnten Gastronomiebetriebe zu Personalabbau zwingen. Er forderte die Abgeordneten auf, die Folgen für die

Beschäftigten abzuwägen, bevor sie das Vorhaben vorantreiben.

Wycliffe erklärte, die Gewerkschaft würde gezielte Vorschriften bevorzugen, etwa strengere Alterskontrollen, Standards für einen verantwortungsvollen Ausschank und eine konsequentere Einhaltung der Lizenzauflagen, statt den Alkoholverkauf in Gastronomiebetrieben umfassend zu verbieten.

Auch Studierendenvertreter äußerten sich ablehnend. Die Änderungen könnten die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen einschränken, die Studiengänge in den Bereichen Gastgewerbe sowie Speisen und Getränke belegen. MalcomX, ein Studierendenvertreter an der Multimedia University, sagte, viele Studierende seien für Praktika, Praxisphasen und Einstiegsjobs auf Hotels, Restaurants, Pubs und Unterhaltungsbetriebe angewiesen.

Er argumentierte, eine Anhebung des Mindestalters für Alkoholkonsum auf 21 Jahre könnte für jüngere Studierende, die praktische Erfahrungen im Gastgewerbe sammeln wollen, neue Hürden schaffen. Zudem warnte er, dass eine Einschränkung des Zugangs zu legalen Verkaufsstellen ohne gleichzeitige Maßnahmen gegen die Nachfrage einige junge Verbraucher zu illegalem Alkohol treiben könnte, darunter chang’aa, einen lokal gebrannten Spiritus, der seit Langem Sicherheitsbedenken hervorruft.

Auch in Kenias Motorradtaxi-Branche, die vor Ort als boda boda bekannt ist, stößt der Gesetzentwurf auf Widerstand. Elly Kegode, Vorsitzender der Kenya Riders and Owners Bodaboda Sacco, sagte, eine Bestimmung, die den Transport von Alkohol zwischen 6 Uhr und 18 Uhr verbieten würde, könnte eine wichtige Einnahmequelle für Fahrer abschneiden, die Lieferungen übernehmen.

Kegode kritisierte außerdem die vorgeschlagene Strafe von KSh10 Millionen oder eine Freiheitsstrafe für Personen, die entgegen dem Gesetz Alkohol transportieren. Die Strafe sei ungerecht gegenüber Fahrern, die lediglich als Lieferdienstleister tätig seien und die transportierten Getränke nicht herstellten.

Er argumentierte, eine Selbstregulierung sei möglich, da viele Fahrer bereits über digitale Plattformen arbeiteten, die Fahrer identifizierten und Lieferungen vom Verkäufer bis zum Kunden nachverfolgten. Außerdem leisteten Motorradtaxi-Fahrer

einen Beitrag zur Verkehrssicherheit, indem sie Kunden nach Hause brächten, wenn diese Alkohol getrunken hätten.

Die Gruppen betonten, ihre Einwände seien nicht als Ablehnung einer strengeren Aufsicht über den Alkoholmarkt zu verstehen. Stattdessen forderten sie Maßnahmen, die sich auf illegale Hersteller und Verkäufer konzentrieren, eine strengere Altersprüfung bei Käufern vorsehen und für lizenzierte Betriebe praktikablere Regeln zur Einhaltung der Vorschriften schaffen.

Ihre Haltung spiegelt einen umfassenderen politischen Streit darüber wider, wie Kenia die Ziele des Gesundheitsschutzes mit der wirtschaftlichen Tätigkeit in Branchen in Einklang bringen sollte, die stark vom regulierten Alkoholverkauf abhängen. Wird der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form verabschiedet, könnte er verändern, wie lizenzierte Restaurants, Pubs und Unterhaltungsbetriebe ihre Kunden bedienen. Zugleich wären die Logistik am Tag und die Lieferwege betroffen, über die alkoholische Getränke auf den Markt gelangen.

Die Interessenvertreter fordern die Abgeordneten derzeit auf, den Gesetzentwurf voranzubringen und zuvor zu überarbeiten. Neue Vorschriften für Alkohol sollten Verbraucher und Minderjährige schützen, ohne legale Unternehmen und die von ihnen abhängigen Beschäftigten zu gefährden, erklärten sie.